



**Für unsere Sicherheit:
Am 9. Juni AfD wählen!**

KOMMUNALWAHL

ZEIT FÜR
echte
HEIMAT!



HEIMAT BRAUCHT EIN PROGRAMM

1.	Sicherheit & Remigration	1
2.	Verkehr - Stoppt die grüne Verkehrspolitik	6
3.	Wachstum, Wohnen und Leben – die Mischung macht's	12
4.	Bildung & Sport	15
5.	Freie Wirtschaft in einer florierenden Stadt	18
6.	Gläserne Verwaltung statt gläserner Bürger	21
7.	Soziales und Senioren	25
8.	Natur- und Umweltschutz	28
9.	Potsdams Finanzen – Transparenz & Bürgerentlastung	31
10.	Kulturförderung und Erinnerungspolitik	34



1. SICHERHEIT & REMIGRATION

WEIL DIE TOCHTER WIEDER ZU HAUSE ANKOMMEN SOLL

Jeder Potsdamer hat ein Recht darauf, in seiner Stadt in **Freiheit, Sicherheit und Ordnung** zu leben.

Diesem wollen wir als Rechtsstaatspartei nachkommen und setzen uns für ein starkes und gut aufgestelltes Ordnungsamts ein, das in Kooperationen mit der Polizei und

1 Mehr Sicherheit für die Potsdamer



privaten Sicherheitspartnerschaften eben jene Sicherheit aufrechterhält, die zur Freiheit und Unversehrtheit eines jeden Einzelnen beiträgt. Die sogenannte **Flüchtlingskrise seit 2015** hat jedoch die Situation in Potsdam verändert und unsere Stadt vor noch nie dagewesene Aufgaben gestellt.

Sie führte im gleichen Atemzug zu einem Verlust der Sicherheit – vor allem rund um den Hauptbahnhof, am Bassinplatz und in den südlichen Stadtbezirken. Um die Migrationskrise zu beheben, muss der Druck auf die Landesebene erhöht werden, um einen **Migrationsstopp und eine umfassende Remigration** zu erreichen. Wir wollen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat wiedergewinnen.

2 Aufnahmestopp für Flüchtlinge

Potsdam hat in den letzten Jahren genug Asylbewerber aufgenommen, gepflegt und untergebracht. Eine weitere Aufnahme und das auch noch auf freiwilliger Basis ist nicht notwendig und **schadet der Sicherheit** der eigenen Bevölkerung, wie zahlreiche Beispiele der letzten Jahre belegen.



3 Keine Unterbringung in Wohnverbänden

Angesichts des angespannten **Wohnungsmarkts**, der finanziellen Lage sowie der Sicherheit der Bürger der Stadt setzen wir uns für eine Unterbringung von Asylanten in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in Wohnungen ein.

Die **Unterbringung anerkannter Asylanten** in regulären Wohnungen zum Nachteil von Potsdamern muss beendet werden.



Wir wollen langfristig die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber.

Die Bezahlkarte ist nur ein erster Schritt in der Beendigung der irregulären Migration

4 Remigration endlich ernst nehmen

Umstellung von **Geld- auf Sachleistungen** für Asylbewerber.

Remigrationsbeauftragten für Potsdam ernennen.

Wir wollen keinen weiteren Ausbau von Asylheimen.

Insbesondere nicht im Bereich des Weltkulturerbes (Lennésche Feldflur) und auf bereits von der Bundesimmobilienagentur erworbenen Grundstücken.

Der Bau eines Flüchtlingswohnheims auf der Lennéschen Feldflur muss verhindert werden. Wir rechnen damit, dass die neuen Bebauungspläne für das Nedlitzer Holz erst der Anfang sind und halten dies für eine Geringschätzung von Potsdams Kulturgütern.

Seit 1844 gehört die Lennésche Feldflur zum kulturellen Erbe Potsdams und soll

durch ihre Ästhetik ausschließlich der Erholung dienen. Wir sehen in der Lennéschen Feldflur eine schützenswerte Landschaft, die zukünftigen Generationen erhalten bleiben soll.

Jegliche **Zweckentfremdung des Nedlitzer Holzes** oder gar der gesamten

Lennéschen Feldflur unter Missachtung des Denkmalschutzes kommt für uns nicht in Frage.



5 Illegale oder legal, ist nicht egal

Keinen „Spurwechsel“ für geduldete **illegale Migranten**.

Die Landeshauptstadt Potsdam soll aus dem Programm „Spurwechsel“ der Landesregierung aussteigen, um die Legalisierung von illegaler Einwanderung zu beenden und somit deren Belohnung verhindern.

6 Schleppern das Handwerk legen

Stopp der Unterstützung von **Schlepperorganisationen** über die „Seebrücke“.

Wir fordern ein Ende der finanziellen Förderung der Initiative „Seebrücke“ durch die Landeshauptstadt. Selbst von der gegenwärtigen Stadtführung kann die Sicherheit der Potsdamer vor Terroristen und Schlepperfinanzierung nicht garantiert werden.

7 Abschiebeoffensive

Wir fordern die Vorbereitung einer auf Bundes- und **Landesebene propagierten Abschiebeoffensive** durch angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Ausländerbehörde.

Wir fordern die Ausschaffung geduldeter, aber ausreisepflichtiger **Asylbewerber** in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg - zu jeder Tageszeit.



Wir setzen uns auf Landesebene ein für die Erweiterung von Abschiebehaftanstalten sowie die Einrichtung einer **Abschiebehaftanstalt** in Potsdam.

Wir setzen uns ein für die konsequente Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter Personen und werben für die **Rückholung ausgewanderter deutscher Fachkräfte**.



8 Ordnung statt Chaos

Wir wollen ein **Ordnungsamt** und kein Knöllchenamt. Das Ordnungsamt darf **nicht weiter nur als Knöllchenverteiler** und Kassiereramt wahrgenommen werden. Hier muss eine konsequente Neuausrichtung erfolgen. Die stärkere Kontrolle anderer originärer Aufgaben, wie der Straßen- und Gehwegsicherheit oder der Vermüllung, müssen stärker in den Vordergrund gehoben werden.

Wir wollen ein Ordnungsamt für das gesamte Stadtgebiet. Vor allem in den äußeren Stadtteilen lässt die Präsenz

des Ordnungsamtes zu wünschen übrig, während im inneren Stadtgebiet und den Parkverbotszonen häufig Kontrollen und Rundgänge stattfinden. Das **Ordnungsamt muss jedoch in allen Stadtteilen gleichermaßen** seinen Pflichten nachkommen.

Die Zusammenarbeit zwischen kommunalem Ordnungsamt sowie der örtlichen Polizei muss stärker ins Blickfeld gerückt werden. Gemeinsame **Sicherheitskonferenzen** oder gemeinsame Streifen sind hierfür eine Grundvoraussetzung.



aufzeigen und auch, wie sich Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität auswirken.

Wir wollen eine stärkere **Polizeipräsenz** vor allem in den Abendstunden und in den südlichen Stadtteilen.

Gerade in Zeiten vermehrter Kriminalität ist eine starke Polizeipräsenz notwendig, um die Sicherheit eines jeden Einzelnen gewährleisten zu können.

Der Oberbürgermeister muss sich nachdrücklich im Innenministerium und bei der örtlichen Polizeidienststelle dafür einsetzen, eine höhere Polizeipräsenz für das Potsdamer Stadtgebiet zu erwirken.

Für die **Prävention von Straftaten** fordern wir den Einsatz KI-basierter Software, die die Wahrscheinlichkeit von Straftaten in einzelnen Stadtteilen zu bestimmten Tageszeiten errechnet und die Planung von Streifenfahrten zur Täterabschreckung unterstützt.

Transparente Veröffentlichungen zu sicherheitsrelevanten Informationen.

Die Stadtverwaltung muss in Zusammenarbeit mit der Polizei dem Bürger Daten zu sicherheitspolitischen Aspekten der Kommune **barrierefrei und transparent** zur Verfügung stellen.

Hierzu zählen auch jährliche Sicherheitsanalysen des Stadtgebietes. Auf der Homepage veröffentlichte „**Heat-Maps**“ sollten die aktuellen kriminalitätsbelasteten Orte in **Potsdam**



2. VERKEHRSPOLITIK FÜR DIE BÜRGER

GRÜNE SCHIKANE ENDLICH BEENDEN – FREIE FAHRT FÜR FREIE BÜRGER



10 Vernünftige Verkehrspolitik

Die AfD setzt sich für die **individuelle Freiheit aller Verkehrsteilnehmer** ein und lehnt restriktive Maßnahmen gegenüber einzelnen Fortbewegungsmitteln konsequent ab.

Potsdam gehört zu einer der am schnellsten wachsenden Städte Ostdeutschlands und wird laut Prognosen bis **2030 die Marke von 200.000 Einwohnern überschreiten**. Die Auswirkungen bekommt jeder Potsdamer täglich zu spüren: überfüllte Busse und Straßenbahnen, **Baustellen, Dauerstau** und der tägliche Konkurrenzkampf der Verkehrsteilnehmer.

Doch gerade die Verkehrsprobleme werden sich in den kommenden Jahren weiter verstärken - und dies liegt nicht allein am Wachstum, sondern an einer **jahrelangen Fehlplanung** und bewussten, massiven Behinderung des Autoverkehrs in den stadteigenen Pla-

nungen wie dem Konzept „Innenstadt - Straßenräume neu denken!“, dem **Masterplan Schlaatz 2030** oder bei der Entwicklung des Konversionsstandorts Krampnitz.

Der motorisierte Individualverkehr gilt der **rot-rot-grünen Rathauskoalition als schädlich**. Zu einer vernünftigen Verkehrsplanung gehört allerdings die Förderung aller Teilnehmer im Straßenverkehr, um einen effizienten Verkehrsfluss gewährleisten zu können.



Wir wollen:

Verkehrsmix und individuelle Freiheit!

Das Straßensanierungsdefizit in zweistelliger Millionenhöhe verlangt eine deutliche Prioritätensetzung. Familien, Pendler, Senioren, Behinderte, Patienten sind auf das Auto angewiesen. Deshalb muss eine vernünftige Verkehrsplanung alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen - auch das Auto. Wir setzen uns für die individuelle Freiheit des Einzelnen in der Wahl seines Fortbewegungsmittels ein.

Eine **gemeinsame Planung** mit den Umlandgemeinden und Berlin!

Die Einbeziehung der Umlandgemeinden und der Bundeshauptstadt ist unabdingbar für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung beim Pendlerverkehr und muss deshalb konsequent angegangen werden. Hierzu bedarf es eines regelmäßigen runden Tisches gemeinsam mit den Umlandgemeinden und Berlin.

11 Autoverkehr

Abbau des Sanierungsstaus im Straßennetz!

Aktuell sind **80 % der Potsdamer Straßen sanierungsbedürftig**. Um diese Instand zu setzen, sind ca. 240 Mio. € notwendig. Potsdam braucht einen Straßensanierungsplan und muss



jährlich weitaus mehr als bisher in sein Straßennetz investieren. Dazu wollen wir uns auf Landesebene für Fördermittel einsetzen.

Innenstadt der kurzen Fahrwege!

59 % des Verkehrs durch Potsdam sind Pendlerverkehre. Durch immer neue Einbahnstraßen, 30er-Zonen und Fahrbahneinengungen wird Potsdams Innenstadt zur Stadt der zähen Fahrwege und somit auch der stärkeren Umweltbelastung. Hier muss dringend ein **Umdenken** stattfinden - auch zum Wohle von Anwohnern und Gewerbetreibenden.

Digitales Verkehrsleitsystem!

Um Verkehrsströme optimal leiten zu können, sind digitale Verkehrsleitsysteme ein wichtiger Bestandteil einer vorausschauenden Verkehrsführung.



12 „Havelspange“ & die Westtangente

Die einst projektierte „Havelspange“ und die Westtangente verbinden die Bundesstraßen **B1, B2, B273** sowie die Landstraße **L40** (Nutheschnellstraße) und sind an 6 Stellen an das vorhandene Straßennetz angebunden.

Dadurch würden sich, laut Experten, ca. 30 % des Innenstadtverkehrs reduzieren lassen, der durch den stetigen Zuzug und Ausbau der nördlichen Stadtteile weiter zunehmen wird.

Potsdam hat hier starken Nachholbedarf, z.B. mit Informationsdisplays zu Parkmöglichkeiten.

Mehr grüne Wellen!

Die morgendlichen und nachmittäglichen Staus von Ein- und Auspendlern zeigen, grüne Wellen sind nötig, um den

Verkehrsfluss zu optimieren und die Abgasbelastung durch Verminderungen von Anfahr- und Bremsvorgängen zu senken.

Keine Einengung von Straßen!

Die Einengung von Straßen bei gleichzeitigem Parkplatzabbau aufgrund ideologischer Vorgaben lehnen wir ab.

Abschaffung der Pfortnerampeln!

Pfortnerampeln hemmen den Verkehrsfluss und verschieben lediglich die Punkte der Emissionsbelastung.

Potsdam braucht einen **dritten Havelübergang**, um den Autoverkehr der Zukunft abwickeln und Pendler außerhalb der Stadt halten zu können.

Wir setzen uns für die Wiederaufnahme der Havelspange in den Bundesverkehrswegeplan ein.



Mit der Verbindung von der **Wetzlarer Straße über die Drewitzer Straße bis zum Bahnhof Rehbrücke** kann Potsdam auf Landesebene einen ersten Teilschnitt unkompliziert realisieren.

Keine Dieselfahrverbote!

Die AfD Potsdam wird sich in Debatten gegen Dieselfahrverbote einsetzen, damit Dieselfahrer auch in Zukunft durch Potsdam fahren können.

Verkehrsideologisch verbrämten Behauptungen steigender Atemwegserkrankungen durch Feinstaub aus Dieselfahrzeugen treten wir entschieden entgegen und folgen hier führenden Pneumologen und Motorenentwicklern.

13 Senkung der Parkgebühren

Die Erhebung von Parkgebühren ist aus stadt- und verkehrsplanerischer Sicht durchaus sinnvoll, jedoch immer nur in einem sozialverträglichen Maß. Die Parkgebühren, vor allem im Innenstadtbereich, haben in den letzten Jahren ein unverhältnismäßiges Niveau erreicht.

Wir sprechen uns konsequent gegen höhere Belastungen von Autofahrern aus.

14 Stopp der Parkraumwirtschaft

Eine kostenpflichtige Parkraumbewirtschaftung in den Wohngebieten lehnen wir aus sozialen Gründen für Anwohner und deren Gäste ab. Wir treten ein gegen die geplante massive Steigerung der Gebühren für Anwohnerparkausweise.

Wir fordern bei der Neukonzipierung von Wohnquartieren eine ausreichende Anzahl an Parkmöglichkeiten für jede Wohneinheit.

Genügend Garagen und Stellplätze!

Wir wollen eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die eine Nutzung des Autos und ein sicheres Abstellen ermöglicht. Garagenstandorte müssen erhalten bleiben. Bei der Planung von neuen Quartieren sind genügend wohnungsnaher Parkplätze vorzusehen.



15 Ausbau des ÖPNV

Ein moderner öffentlicher Nahverkehr muss nicht nur ausreichend finanziert, sondern muss auch an die **Erfordernisse einer wachsenden Stadt angepasst** sein.

Wir fordern:
weitere **Effizienzsteigerungen** im ÖPNV und die **Ausbildung** einer ausreichenden Anzahl von Tram- und Busfahrern, um Fahrtenausfällen zu begegnen. Der ViP muss im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadtwerke attraktiv gestaltet werden.

Wir wollen:
die **Arbeitsbedingungen attraktiver machen**, z.B. durch bevorzugte Wohnungsvergabe für das fahrende Personal über das **Bonusprogramm** der ProPotsdam. Wir fordern den Verzicht von Bundesfördermitteln zur Umstellung auf E-Busse, die im Betrieb anfälliger, unflexibler und wartungsintensiver als Dieselbusse sind.

Bezahlbaren öffentlicher Nahverkehr!
Öffentlicher Nahverkehr muss für jedermann finanzierbar sein, wenn er auf diesen angewiesen ist. So sind Überlegungen für ein **365€-Ticket** und eine stärkere Reduzierung der Dauerkartenpreise für Schüler, Azubis und Senioren anzuvizieren.



Rückkehr zum 6-Stationen-Kurzstreckenticket!

Wir fordern eine Rücknahme der Reduzierung der Kurzstrecke von 6 auf 4 Stationen, sowie ungleicher Preissteigerungen für einzelne **Ticketgruppen**, um sozial benachteiligte Potsdamer zu entlasten.

Wir wollen den **ÖPNV ohne den Umweg über Berlin in Richtung Falkensee und Ludwigsfelde verbessern**. Die Takte der vorhandenen Bus- und Regionalzugverbindungen sind zu erhöhen.

Sichere Rad- und Fußgängerwege!

Die Verkehrssicherheit im Radverkehr ist eine Grundvoraussetzung für eine zuverlässige und sorglose Fortbewegung mit dem Drahtesel. Verkehrsunsichere Stellen müssen auf den Prüfstand

und unsichere Überschneidungen von Rad- und KFZ-Wegen soweit wie möglich reduziert werden. Wir setzen uns ein für **velosichere Gleise** an Gefahrenstellen.

notwendig, Barrierefreiheit **nicht nur in Bus und Bahn**, sondern auch auf den alltäglichen Wegen dorthin zu garantieren. Kreuzungsbereiche und Querungen müssen durchweg barrierefrei sein.

16 Radschnellwege

Die Fortbewegung mittels des Fahrrads gehört ebenso zu einem **gesunden Verkehrsmix**. Radschnellwege sind eine hervorragende Ergänzung des städtischen Infrastrukturangebots. Wir treten ein für den Ausbau des Radschnellwegenetzes, sofern es finanzierbar ist und andere Verkehrsteilnehmer nicht behindert.

Barrierefreiheit auf den Fußwegen!
In einer alternden Gesellschaft ist es

Wir setzen uns neben der konsequenten barrierefreien Gestaltung von Fußwegen und ÖPNV-Haltestellen ein für Gehwegmarkierungen und Ampelsignalgebern.

Wo es notwendig ist, wollen wir **Fahrstühle für Rollstuhlfahrer** installieren, wobei die regelmäßige Wartung zu gewährleisten ist.

17 Gentrifizierung verhindern

Gentrifizierung durch grüne Verkehrs-ideologie verhindern!

Familien, Senioren, Gehbehinderte, Kunden und Patienten von Ärzten oder Gewerbetreibenden in der Innenstadt sind auf das Auto angewiesen.

Wir sprechen uns gegen das langfristige Ziel einer autoarmen Innenstadt aus und **gegen die massive Vernichtung von Parkflächen**. Bevor Parkflächen aufgegeben werden, müssen ortsnahe Alternativen geschaffen werden.



3. WACHSTUM, WOHNEN UND LEBEN

POTSDAM KANN NICHT EWIG WACHSEN

Die Landeshauptstadt **Potsdam** ist attraktiv als Wohn- und Arbeitsort, was sich in steigenden Mieten und Grundstückspreisen und steigenden Einwohnerzahlen zeigt. Der Stadtentwicklung kommt deshalb eine besondere Aufgabe zu - wollen wir, dass Potsdam maßlos wächst?

Wir sind der Auffassung, dass das Wachstum dann gebremst werden muss, wenn Quartiere ihre Identität verlieren. Hinzu kommt der **Weltkulturerbestatus**, der geachtet und erhalten werden muss.

18 Heimat auch 2050 noch erkennen

Wir wollen weder Puppenstuben noch Wohnghettos, sondern lebendige Quartiere, die Wohnen, Leben, Arbeiten und Gesellschaftliches verbinden. **Alle Daseinsgrundfunktionen müssen in den Quartieren garantiert werden.** Neben Kitas und Schulen sind dies Versorgungsmöglichkeiten sowie Gewerbe- und Arbeitsstätten, die frühzeitig eingeplant werden.

Unser wohnungspolitisches Konzept hat sich den **sozialen Mix** auf die Fahne geschrieben. Dazu zählt die Beachtung der Bedürfnisse der aktuellen Quartiersbewohner - vor allem eine **vernünftige Verkehrsanbindung**, die das

Auto miteinbezieht, Garagen erhält und bei Neubauten erweitert.

Kleingärten, Parks und Wälder zur Erholung erhalten und sozial durchmischte Wohngebiete, die für alle Einkommensschichten attraktiv sind.

Kleingärten sind als grüne Oasen der Erholung und der Versorgung ein wichtiger Bestandteil des städtischen Wohnens und müssen durch die Fortschreibung des Kleingartensicherungskonzeptes auch in Zukunft gesichert werden. **Mit Privatinvestoren sind einvernehmliche Lösungen zum Erhalt von Kleingärten**, z.B. durch Grundstückstausch zu finden. Wo private Grundstücke nicht dem Zugriff der Kommunalpolitik unterliegen, sollte die Neueinrichtung von Kleingartenanlagen am Stadtrand angestrebt werden.

Grünflächen und Wälder sind als Erholungsgebiete und für die Luftqualität



unabhängig und deshalb zu erhalten und auszubauen. Diese Flächen dürfen **grundsätzlich weder versiegelt noch bebaut werden.**

19 **Bezahlbarer Wohnraum**

Auf Höchstgebotsverfahren bei kommunalen Grundstücksverkäufen ist zu verzichten - der Investor mit dem besten Konzept, das idealerweise ein Drittel **Sozialwohnungen**, ein Drittel **mietpreisgedämpfte Wohnungen** und ein Drittel frei finanzierten Wohnraum umfasst, sollte den Zuschlag bekommen - die „Potsdamer Mischung“.

Potsdam ist Universitätsstadt - günstiger Wohnraum ist eine Grundbedingung zum Studieren. Als Universitätsstadt muss Potsdam auch Studentenwohnungen in die Planungen aller Quartiere einbeziehen. Gemeinsam mit dem Studentenwerk Potsdam sind **kostengünstige Unterkünfte für Studenten zu entwickeln.**

Die Erhöhung der **Grundsteuer** führt automatisch zu höheren Mieten, da die Vermieter die erhöhten Kosten auf die Mieter umlegen. Die aktuelle Grundsteuerreform wird bei vielen Grundstücken zu einer Erhöhung des Grundsteuermessbetrags führen.

Wir von der AfD setzen uns auch auf kommunaler Ebene dafür ein, dass die Stadt Potsdam den Hebesatz entsprechend **korrekt berechnet und ggf. absenkt**, damit Eigentümern keine höheren Kosten entstehen, die bei



Vermietung letztlich wieder die Mieter tragen müssen. Wir begrüßen grundsätzlich Bauvorhaben zum **Bau weiterer Wohnungen** und Gewerbeimmobilien. Der stark belastete Potsdamer Wohnungsmarkt benötigt neue Wohnkapazitäten.

Ob in Krampnitz, auf innenstadtnahen Grundstücken, am Campus Jungfersee, in Golm, in Babelsberg, in der Pirschheide oder am Schlaatz - verfügbare Grundstücke sind weiter zu entwickeln.

20 **Wohnungen für Azubis & Studenten!**

Allerdings immer in Einklang mit dem Weltkulturerbe und dem Naturschutz, in Abstimmung mit den Anwohnern, den finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt auch im Hinblick auf Infrastrukturkosten und Mietpreise.

Wir lehnen dirigistische Eingriffe in den Mietmarkt wie **Mietpreisbremse** und **Milieuschutz** ab! Festgeschriebene Mietpreise und **Sanierungsverbote** lösen keine Wohnungsknappheit. Sie schrecken Eigentümer und Investoren ab und bewirken damit das Gegenteil. Die Folge festgeschriebener Mieten konnte man zu **DDR-Zeiten** an den verfallenden Altbauvierteln sehen.

Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um mehr sozialen Wohnraum zu schaffen.

21 Anwohner in Prozesse einbeziehen

Anwohner müssen so früh wie möglich bei der Erstellung von Bauplänen sowie der Planung der Bauausführung einbezogen und deren **Wünsche sowie Forderungen angemessen berücksichtigt werden**.

Um die Bindung und den Kontakt von Verwaltung, Politik und Einwohnerschaft zu stärken, fordern wir zusätzlich zur Einrichtung von **Stadtteilräten** jährliche **Stadtteilkonferenzen** in den Potsdamer Wohnquartieren, auf denen aktuelle Probleme und Sachlagen von den Anwohnern angesprochen werden können, um gemeinsam mit der Verwaltung **Lösungswege zu besprechen**.

Wir setzen uns ein für eine **Stärkung der Wohneigentumsquote** und den Verkauf städtischer Wohnungen. Familien mit Kindern sollen beim Erwerb von Wohnungen zur Eigennutzung bevorzugt werden.

Wir treten ein für den **Schutz von Mietern** - insbesondere vor dem ideologisch verbrämten Konzept der Dekarbonisierung der Strom-, Heizungs- und Warmwasserversorgung.

Dieser Kostentreiber der Betriebsnebenkosten ist in höchstem Maße sozial ungerecht. Wir lehnen das **Gebäudeenergiegesetz** und den **Zwang**

zum Austausch von Heizungsanlagen kategorisch ab und treten auf Landesebene ein für die Verhinderung weiterer Belastungen von Immobilieneigentümern und Mietern.

Jeder soll selbst entscheiden, wann ein Heizungs austausch notwendig ist und welcher Energieträger zum Heizen verwendet wird. Das **Heizungsgesetz** bevormundet die Bürger und reduziert ihren Wohlstand.

Fernwärmeanschlüsse werden ohnehin größtenteils durch die Verbrennung von Kohle und Erdgas betrieben, Hackschnitzelheizungen haben oft einen zu großen Platzbedarf und die Ressource Hackschnitzel steht nicht in unbegrenzter Menge zur Verfügung. Elektrisch zu heizen ist aufgrund des niedrigen Wirkungsgrads zu kostenintensiv - ebenso Wärmepumpen und Wasserstoff als Energieträger.

Wir wollen mehr **Sauberkeit im öffentlichen Raum** Potsdam wird zunehmend durch Graffitischmierereien verunstaltet. Selbst historische Gebäude sind betroffen. In den Parks gibt es kaum mehr eine saubere Sitzgelegenheit.

Die AfD fordert, dass die Stadt Potsdam beschmierte öffentliche Flächen zeitnah reinigen lässt und die **Täter konsequent in Haftung** nimmt. Mülleimerstandorte sind zu überprüfen und neue Mülleimer flächendeckend aufzustellen - insbesondere auf öffentlichen Plätzen, wo Jugendliche in den Sommermonaten feiern.

4. BILDUNG UND SPORT

FÖRDERSCHULEN UND BREITENSORT STÄREKN

22 Schulische Bildung

Wir wollen **Nachhilfe und Schule besser verzahnen** und für jeden zugänglich machen. Hierfür sollen die Nachhilfeorganisationen auch Schulräume kostenfrei nutzen können und somit die Nachhilfe bezahlbar anbieten können.

Wir wollen, dass unsere **Schulen weiter ausgebaut und saniert werden**.

Wir setzen uns für den Ausbau und die Sanierung unserer Schulen ein, um sicherzustellen, dass alle Schüler in einer modernen, sicheren und funktionalen Lernumgebung unterrichtet werden. Hierzu muss die aktuelle Schulentwicklungsplanung fortgeführt und an einigen Stellen deutlich geändert werden.

Wir wollen den **Ausbau des Förderschulsystems** in Potsdam!

Seit Jahren steigt der Bedarf an Förderschulplätzen in der Landeshauptstadt. Aber anstatt auf diesen Bedarf gerecht zu reagieren, treibt das SPD geführte Rathaus den ideologisch getriebenen und pädagogisch fehlgeleiteten Ansatz der Inklusion weiter voran. Der Wegfall der Förderschule „Am Nuthetal“ muss durch einen eigenen Ersatzbau kompensiert werden.

Wir wollen ein kostengedeckeltes, gesundes und **regionales Schulessen!** Tägliches gesundes Essen ist eine

Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit und die Gesundheit unserer Kinder. Wir wollen, dass für alle Schüler bezahlbares und erstklassiges Essen aus der Region die Regel in Potsdams Schulen wird. Dadurch werden lange Transportwege vermieden wie auch heimische Hersteller unterstützt.

Wir wollen **kleinere Schulen für individuelles Lernen!**

Kleinere Schulen bieten aufgrund ihrer familiären Atmosphäre und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten klare Vorteile gegenüber großen Schulcampus. Die Praxis der Stadt, unterschiedliche Schulformen auf großen, unpersönlichen Geländen zu vereinen, steht im Widerspruch zu dem Bedürfnis nach einem persönlicheren Lernumfeld und einer individuellen Förderung. Eine Stadt, die auf kleinere Schulen setzt, fördert die individuelle Entwicklung und das Gemeinschaftsgefühl.



Wir wollen endlich angemessene **Raumstrukturen für unsere Schulen!** Fast alle Potsdamer Grundschulen besitzen zu wenig Fläche nach den Raumprogrammempfehlungen des Landes. Dieser Zustand ist nicht haltbar. Um einen qualitativ hochwertigen Unterricht, besonders in unseren Grundschulen, zu gewährleisten, ist es von besonderer Bedeutung, dass die räumlichen Gegebenheiten den vielfältigen Bedürfnissen des Unterrichts angepasst sind. Dazu gehört die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Ressourcen für den Aufbau und die Anpassung dieser Raumstrukturen.

Wir wollen **Schulen als Orte des generationsübergreifenden Austauschs!** Schulen sollten mehr sein als nur Orte, an denen junge Menschen lernen. Sie müssen auch Orte sein, wo Menschen verschiedener Generationen zusammenkommen können. Wie das Beispiel Drewitz zeigt, müssen wir dafür sorgen, dass alle Schulen in Potsdam die richtige Ausstattung und einen passenden Aufbau haben, um dies zu ermöglichen.



Wir wollen ein **kommunales Stipendium für Erzieherauszubildende.** Ein kommunales Ausbildungsstipendium für Erzieher, das eine langfristige Bindung von hervorragend ausgebildetem Fachpersonal an die Landeshauptstadt zulässt wäre ein großer Schritt für die Fachkräftegewinnung und -sicherung.

Durch die Unterstützung während der Ausbildung werden mehr Menschen motiviert, sich für den Erzieherberuf zu entscheiden. Das Stipendium würde nicht nur die finanzielle Belastung für die Auszubildenden verringern, sondern auch eine **Investition in die Qualität** und Zukunft unserer frühkindlichen Bildung in unserer Kommune darstellen.

Mit dieser Maßnahme erkennen wir die Bedeutung der Erzieher für die **Entwicklung unserer Kinder** an und fördern gleichzeitig den Nachwuchs.

23 Kindertagesstätten

Wir wollen, dass die **Kitaessensversorgung für alle bezahlbar bleibt.**

Egal wie hoch das Einkommen der Eltern ist. Für alle Kinder in unseren Kitas gilt: Das soziale Mindestmaß von Bürgergeldempfängern wird auf alle Eltern erweitert, Chancengleichheit setzt auch gleiche Förderung voraus.

Wir wollen eine umfassende **Förderung des Breitensports!**

Mehr als 30.000 Bürgerinnen und Bürger von Potsdam sind aktiv in Sportvereinen engagiert. Diese Vereine sind ein Zentrum gesellschaftlichen Engagements, sozialer Vernetzung und lokaler Identitätsstiftung. Um diese wichtige Rolle zu stärken, setzen wir uns für eine effiziente und transparente Zuteilung von Hallen- und Platzkapazitäten ein und befürworten **erhöhte Investitionen** in den Bau neuer Sporthallen und Sportanlagen.

Wir wollen **Potsdam als Zentrum des Spitzensports** weiterentwickeln!

Potsdam genießt sowohl national als auch international Anerkennung für seine herausragenden Leistungen im Spitzensport. Das Areal am Luftschiffhafen nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein. Es ist unser Bestreben, die Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen

und der Stadtverwaltung weiter zu intensivieren und die finanzielle Unterstützung für den Spitzensport konsequent zu verstärken.“

Wir wollen eine moderne und wett-kampffähige **Schwimmhalle für Potsdam**- Nord!

Mit nur zwei vorhandenen Schwimmhallen, von denen keine im Norden der Stadt liegt, ist es dringend notwendig, die Schwimmkapazitäten zu erweitern. Die alarmierende Tatsache, dass lediglich 28% der Fünftklässler in Brandenburg noch sicher schwimmen können, zeigt die Notwendigkeit, mehr Möglichkeiten für Schwimmunterricht und -training zu schaffen.

Eine neue Schwimmhalle würde nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der Schwimmfähigkeit und somit zur Sicherheit unserer Kinder leisten, sondern auch den Breiten- und Spitzensport und fördern.



5. FREIE WIRTSCHAFT IN EINER FLORIERENDEN STADT

EINKAUFSTADT, TOURISMUS, NEUGRÜNDUNGEN FÖRDERN

Die Landeshauptstadt **Potsdam** hat seit der Wendezeit **kaum noch Industrieunternehmen**.

Schwerpunkte der kommunalen Wirtschaftsstruktur liegen auf wirtschaftlichen Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialleistungen und Handel sowie Medienproduktion. Das verarbeitende **Gewerbe, Bau und Logistik nehmen mit 2-4 Prozent der Beschäftigten ein Nischendasein ein**. Gerade produzierendes Gewerbe zieht aber weitere Arbeitsplätze nach sich. Daneben ist Potsdam aufgrund des über Jahrhunderte gewachsenen Weltkulturerbes eine beliebte Destination für den nationalen und internationalen Bildungstourismus geworden.

Aufgrund seiner Nähe zu Berlin, dem Ensemble aus Natur und historischen Gebäuden sowie der Funktion als Landeshauptstadt ist Potsdam hochattraktiv für Zuzügler aus dem Umland und aus ganz Deutschland.

Seit Jahren existiert deshalb ein **massives Zuzugsproblem**, das sich in fehlenden Wohnungen und Büros, mit der Folge steigender Grundstückspreise und Mieten, niederschlägt. Die Ausweitung von Gewerbeflächen stößt zudem an räumliche Grenzen, wodurch weitere Gewerbeansiedlungen nur noch an einzelnen Stellen möglich werden.

Der **Einzelhandel** wiederum leidet neben steigenden Mieten zudem unter einer wachsenden Online- Konkurrenz.

Potsdam muss sich als **Touristenstadt**, Dienstleistungs- und Forschungsstandort behaupten und industriepolitisch nach vorne kommen. Wohlstand hat sein Fundament in der Produktion. Auch energiepolitisch müssen völlig andere und neue Wege gegangen werden.

Infrastrukturell wollen wir die teils schlechte verkehrliche ÖPNV-Anbindung mit seinen Nachbargemeinden verbessern.



Wir wollen, dass die Verwaltung eine stärkere **Dienstleistungsmentalität zum Wohle von Gewerbebetrieben**, Handwerk, Dienstleistern und Handel entwickelt.

Deren Bedürfnisse und die verstärkte Konzentration auf die Ansiedlung größerer Industriebetriebe müssen Kern flexibleren Verwaltungshandelns werden. Das neue **Wohn- und Gewerbequartier** Krampnitz, das Sago-Gelände und der Friedrichspark bieten Ansatzpunkte.

Weitere **Gewerbeflächen** sollten im nahen Umfeld der Stadt in Abstimmung mit den Nachbargemeinden entwickelt werden. In der Innenstadt könnte eine bessere Abstimmung mit der Privatwirtschaft neue Büroflächen z.B. in der Behlertstraße und in der Türkstraße initiieren.

Eine Verwaltung, die auf die **Bedürfnisse von Industrie, Handel und Gewerbe** sowie die Standortvermarktung fokussiert ist, schafft Zukunftsfähigkeit in einem harten Standortwettbewerb.

Die **verkehrstechnisch stärkere Vernetzung** der Wachstumsstandorte Campus Jungfernsee, Golm, Babelsberg und zukünftig Krampnitz.

Ohne die Realisierung von Havelspange und Westtangente wird die Vernetzung und Erhöhung der Standortattraktivität bei gleichzeitiger Verkehrsentlastung nicht gelingen.

Zusätzlich eröffnet die bessere Vernetzung Synergiepotenziale zwischen den Standorten.

Handwerker leisten wesentliche Beiträge für das Funktionieren und **Gedehen einer Stadt**.

Neben dem Einzelhandel leiden jedoch auch Handwerker unter steigenden Mieten für Gewerbeflächen, kommunalen Auflagen etc. Die ideologisierte Potsdamer Verkehrspolitik tut ein Übriges. Letztere blendet aus, dass **Dieselfahrzeuge häufig die Existenzgrundlage von Handwerkern** bilden.

Wir wollen Erleichterungen schaffen, beispielsweise durch **Handwerkerparkausweise**, die für das gesamte Stadtgebiet gültig sind. Wir wollen eine **rationale Verkehrspolitik**, die Diesel-fahrverbote ausschließt und Verkehrsbeschränkungen aufhebt. Neue Gewerbegebiete, die auch den Bedarf von Handwerkern einbeziehen, indem preisgünstige Lager- und Produktionsflächen angeboten werden, sind notwendig.



Handwerksoffensive an Potsdamer Schulen, wonach bei herausragenden Leistungen Meisterprüfungskosten und verschiedene Lehrgangskosten erstattet werden.

Keine Windkraft im Potsdamer Norden!

Ein bundesweit ausstrahlendes „**Potsdamer Institut für Klimapolitikfolgen**“, um die ökosozialistischen Politikfolgen der letzten Landes- und Bundesregierungen wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Die Gründung eines Instituts zur **Kernenergieforschung** und damit zur Stromversorgungssicherheit (Fusions- und Dual Fluid-Reaktor) in der Stadt Albert Einsteins fördern

Die deutsche **Filmindustrie in Brandenburg stärken** Der Filmpark Babelsberg bzw. das ehemalige UFA-Gelände hat Potsdam Weltgeltung verschafft.

Wir wollen, dass auch zukünftig Filme vom Anfang bis zum Ende der Produktion bei uns hergestellt werden und unterstützen alle notwendigen Investitionen und baulichen Maßnahmen, die das ermöglichen. Das Areal darf nicht weiter für die Wohnbebauung verwendet werden.

27 Ideologiefreie Wirtschaft

Wir wollen:

Die aktuelle Energiepolitik neu ausrichten.

Die Energiewende verteuert und verschlechtert auch in der Stadt Potsdam die Sicherheit der Versorgung und der Verkehrsleistung.

Die planwirtschaftlichen Energie-Experimente sind zu beenden, sie ver-



hindern und verteuern die zügige Bereitstellung von Wohnraum und die Stadtentwicklung, wie aktuell in Kramnitz.

Wir wollen die kommunale Wärmeplanung und den Ankauf von **Elektrobussen** stoppen.

6. GLÄSERNE VERWALTUNG STATT GLÄSERNER BÜRGER

FÜR EINE BÜRGERFREUNDLICHE, TRANSPARENTE & EFFIZIENTE VERWALTUNG.

Eine gut aufgestellte, zeitgemäße Verwaltung behandelt den Bürger in allen Fachbereichen als Kunden: Sie ist **offen für seine Anliegen** und offen im Hinblick auf ihre internen Vorgänge. Sie muss **leicht erreichbar** sein, digital und vor Ort, und sie muss die **Informationen leicht zugänglich machen**, die für das Verständnis ihrer Entscheidungen und für die Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten – im Sinne der „res publica“ – erforderlich sind. Denn nur so kann echte Demokratie funktionieren.

28 Gut aufgestellte Verwaltung

Die Umstände für die Personalsuche sind nicht einfach. Gleichwohl ist eine **gut disponierte Verwaltung** Garant dafür, in der Potsdamer Bürgerschaft anerkannt zu werden und die Stadtgesellschaft voranzubringen. Ein **vertrauensvolles Arbeitsklima**, eine stabile Belegschaft und eine effizienzorientierte Leitung sind unabdingbar. Um die Qualität als Dienstleister und Arbeitgeber zu halten und zu steigern, sind regelmäßige Audits durch unabhängige Institute notwendig.

Der Personalbestand, insbesondere in der **Bauverwaltung**, muss **dringend aufgestockt werden**, um mehr Bauprojekte jährlich abarbeiten zu können.

29 Dienstleister für Bürger & Gäste

Zum Tagesgeschäft muss **regelmäßige Aufgabenkritik** in den Arbeitsfeldern der kommunalen Verantwortung und Verwaltungsoptimierung gehören. Dazu zählen z. B. die **Verkürzung der Dienstwege und Bürokratieabbau**, die Vereinfachung Potsdamer Verwaltungsformulare, die oftmals juristisch verklausuliert sind, sowie Fortbildungsangebote – auch für Kommunalpolitiker.

Das kritische Hinterfragen von Aufgaben und Arbeitsabläufen hilft, die **Verwaltung zu sensibilisieren und als Dienstleister weiterzuentwickeln**. Zudem führt es zu einem wirtschaftlichen und sparsamen Ressourceneinsatz.

30 IT-Sicherheit gewährleisten

Zukünftig werden alle Verwaltungsleistungen nach Online-Zugangsgesetz auch digital bzw. online verfügbar sein. **Zwei Cyber-Angriffe** haben die Potsdamer Verwaltung im Wesentlichen längere Zeit lahmgelegt und vom digitalen Netz abgetrennt.

Weitere Attacken können nicht ausge-

geschlossen werden. Durch eine Generalrevision der gesamten IT-Infrastruktur der Stadt muss die Sicherheit der Datenverarbeitungssysteme deutlich erhöht werden, um die Verwaltung ausfallsicher arbeitsfähig zu halten und den Bürgern einschlägige Dienstleistungen anbieten zu können.

Hierfür wollen wir auch die lokal verfügbare, hohe Kompetenz der Universität Potsdam mit dem angebundenen **Hasso-Plattner-Institut einbinden**.

31 Kundenfreundlicher Bürgerservice

Aushängeschild für die Verwaltung ist ein **kundenfreundlicher, kompetenter Bürgerservice**.

Dem Selbstverständnis, ein moderner Dienstleister zu sein, wird nicht in jedem Fall Rechnung getragen. So dürfen **Wartezeiten für einen Termin im Bürgerservice keinesfalls mehr als vier Wochen betragen**; für Bürger, die in der digitalen Welt nicht zu Hause sind, muss es neben der Buchung im Netz einen bequemen analogen Zugang zur Verwaltung geben.

Bürger sollten **weniger persönlich in Behörden erscheinen**.

Die Verwaltungsleistungen für den Bürger sind nach dem **Online-Zugangsgesetz vollständig anzubieten**. Auch für Unternehmen und Gewerbetreibende wird durch digitale Transaktionen ein einfacherer Datenaustausch in behördlichen Angelegenheiten möglich.

Potsdam sollte hier als Landeshauptstadt Vorbildkommune für das ganze Land Brandenburg sein: Mit der Zentralisierung von Verwaltungsregistern, der **Abschaffung der Schriftform und der papiergebundenen Nachweispflicht**.

In jüngeren EU-Ländern wie z.B. **Estland** werden Bürger **per SMS über Verwaltungsprozesse**, sowie die Fertigstellung von Dokumenten, **benachrichtigt**. Wir wollen dies auch für die Potsdamer Stadtverwaltung umsetzen und damit die Bürgerfreundlichkeit verbessern.

Ein **besserer Internetauftritt** der Stadtverwaltung macht auch für weniger netzaffine Bürger alle relevanten Informationen leicht zugänglich. Die aktuelle Homepage entspricht nicht den Notwendigkeiten einer transparenten Informationsversorgung. Vorbilder aus der Privatwirtschaft zeigen, wie es einfacher geht.



32 Mehr Transparenz schaffen

Die **vollständige und zeitnahe Bereitstellung** aller öffentlichen kommunalen Daten ist Voraussetzung, um städtisches Handeln für Bürger und Stadtverordnete nachvollziehbar zu machen.

So sollen Verwaltung und Bürger zeitgleich auf Finanzdaten und Informationen zu den städtischen Gütern zugreifen können. Selbstredend bedürfen personengebundene Daten besonderen Schutz. **Wir wollen die gläserne Verwaltung, aber nicht den gläsernen Bürger.**

Die Bürger haben ein Anrecht darauf, **uneingeschränkten Zugang** zu allen Daten zu bekommen, die zur Bewertung der finanziellen Lage ihrer Stadt erforderlich sind.

Damit die Bürger zur Kontrolle der Verwaltung eigenständig **Daten** herunterladen und verarbeiten können, sind sie **in passenden Dateiformaten** - insbesondere die Finanz- und Kriminalitätsdaten - **bereitzustellen**. So können die Bürger eigene Analysen und Auswertungen durchführen, werden sachkundiger und identifizieren sich mehr mit Potsdam.

33 Städtisches Beteiligungsmanagement

Dem städtischen Beteiligungsmanagement **mehr Einflussmöglichkeiten geben**.

Die politische Beeinflussbarkeit von kommunalen Beteiligungsunternehmen, die dem Privatrecht unterliegen, ist eine Herausforderung.

Wir wollen, dass neben dem Hauptausschuss **ein nichtöffentlich tagender Beteiligungsrat geschaffen wird**, in dem regelmäßig die in die Aufsichtsgremien entsendeten SVV-/ Fraktionsmitglieder über die wirtschaftliche Lage sowie den Sachstand und die Umsetzung von Vorgaben für einzelne Unternehmen berichten.

Die **Verwaltungsreformanstrengungen** in Potsdam im Hinblick auf Kostentransparenz, Effizienzsteigerung und Bürgerfreundlichkeit sind auch durch die enge Kooperation mit Beratungsunternehmen und wissenschaftlichen Institutionen gut vorangekommen.

Dennoch bleiben Defizite, die es zu beseitigen gilt. Unter anderem ist **die transparente, politische Beaufsichtigung** von kommunalen Beteiligungsunternehmen zu verbessern.

Deren Steuerung durch Aufsichtsgremien darf nicht klientelistischen Interessen folgen, sondern hat **Effizienzgewinnen und dem Nutzen der Allgemeinheit** zu dienen. Die Entsendung von Vertretern der Fraktionen in die Aufsichtsräte führt noch nicht zu einer Steuerung der Unternehmen nach politischen Vorgaben. Das Beteiligungsmanagement ist hier in seiner **Beratungsfunktion stärker mit einzubeziehen**.

Querfinanzierungen und Vergünstigungen bei Versorgungsleistungen für andere städtische Unternehmen sind offenzulegen, ebenso Sponsoringleistungen für städtische Vereine. **Sponsoringleistungen** sind nur zu gewähren, **wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten es zulassen** und die begünstigten Vereine sich nicht anders finanzieren können.

Kommunalpolitiker sind Teilzeitpolitiker und oft nicht darin geübt, aus den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung konkrete Einzelziele für Unternehmen zu definieren oder deren Erreichung zu kontrollieren.

Regelmäßige **Schulungsangebote** sollen SVV-/Fraktionsmitglieder befähigen, Ziele für einzelne Unternehmen zu definieren und deren Erreichung beaufsichtigen und kontrollieren zu können.

Wir fordern **regelmäßige Seminare für Kommunalpolitiker** unter Federführung des Beteiligungsmanagements der Landeshauptstadt, damit die wirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Beurteilung von anstehenden Entscheidungen in den Aufsichtsgremien der kommunalen Unternehmen sachgerechte erfolgen kann.

Alle Berichte der städtischen Unternehmen müssen transparent und leicht verständlich Auskunft geben über die Erreichung wirtschaftlicher Ziele und der durch die SVV vorgegebenen Ziele.

Der **Oberbürgermeister hat einen jährlichen Bericht** zu Zielentwicklungen und -erreichungen zu verfassen.

34

Planmäßige Sanierung des Rathauses

Die **Sanierung des Rathauses ist überfällig**; auch Neubauten sollen bis zum Jahr 2032 auf dem Stadtcampus entstehen. Zwischenzeitlich zieht die Verwaltung um.

Unter diesen Umständen darf ein guter Bürgerservice nicht leiden. Wir treten dafür ein, zukünftig in den entfernteren Stadtteilen **Bürgerservicepunkte** einzurichten.

7. SOZIALES UND SENIOREN

ECHTE HILFE FÜR BEDÜRFTIGE BÜRGER

Potsdam ist im Bundesvergleich eine demografisch gesehen, vergleichsweise **gesunde Kommune** mit vielen Geburten und relativ wenig Seniorenüberhang.

Durch die idyllische Lage, die Nähe zu Berlin mit seinem internationalen Flughafen bleibt Potsdam weiter attraktiv für Zuzügler. Angebote zur **Unterstützung von Studenten, Familien und Jugendlichen sind daher unerlässlich.**

Aber auch Senioren müssen versorgt werden, da durch berufsbedingte **Wegzüge** immer weniger Erwachsene hier wohnen, die Ihre Eltern pflegen können. Dementsprechend wachsen die Aufgaben für die öffentliche Hand.

Die Pflegebedarfsermittlung 2023 ergab, dass aktuell **8.875 Potsdamer pflegebedürftig sind - bis 2040 werden es über 11.000 Menschen sein.**

Dementsprechend muss der Seniorenplan der Landeshauptstadt angepasst werden - insbesondere was die wachsenden **Herausforderungen in der Pflege** angeht.

Auch die allgemeinen Bedürfnisse der Senioren hinsichtlich der **medizinischen Versorgung** und Pflege, dem Wohnen und Zusammenleben, von Kommunikation, Bildung und Begeg-

nung oder auch Arbeit im Ruhestand dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Durch die **illegale Migration** wird der Potsdamer **Wohnungsmarkt** weiter im Niedrigmieten-Segment **belastet**. Auch deshalb fordern wir ein Umdenken hinsichtlich der Umsetzung von Asylanten aus den Gemeinschaftsunterkünften in städtische Wohnungen. **Bis 2024 werden immerhin 12.300 barrierefreie Wohnungen benötigt.**



35 Pflegeoffensive

Von den aktuell 860 Pflegern haben **60% keine Fachausbildung** und gut **36% werden in Kürze verrentet**.

Die **Attraktivität des Pflegeberufs** sollte auf kommunaler Ebene z.B. mit einem städtischen Zuschuss, kostenlosen Parkausweisen, ermäßigtem Eintritt in öffentliche Einrichtungen (Museen, Ausstellungen etc.) **erhöht werden**.

Ausreichend Plätze sind für die **vollstationäre Pflege** bereitzuhalten und neue zu schaffen - die aktuell gut 1700 Plätze stehen nicht vollständig zur Verfügung.

Den **Potsdam-Bonus** der kommunalen Immobilienholding ProPotsdam wollen wir auch auf das Pflegepersonal ausweiten.

Nachbarschaftspflegenetzwerke wollen wir fördern und die Seniorensozialarbeit unterstützen. Menschen mit Behinderungen sind besonders im öffentlichen Raum herausgefordert, wenn sie am gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Leben teilhaben wollen.

Wir fordern die Angleichung der Pflegesätze für Angehörige auf das Niveau der Pflegesätze für den ambulanten Dienst.

Defizite bei der Pflege für Demenzkranke müssen beseitigt werden. Mittelfristig sollten auch in Potsdam **spezielle Pflegeeinrichtungen** geschaffen

werden, die eine gezielte Betreuung ermöglichen - insbesondere die mobile Pflege.

36 Barrierefreiheit

Das **barrierefreie Potsdam** soll Realität werden!

Um die Barrierefreiheit in ganz Potsdam zu ermöglichen, muss die Beseitigung der größten Hindernisse priorisiert werden.

Wir fordern die langfristige Planung sowie Neu- und Umbau von ausreichend barriere- und **schwelfreien Wohnungen** für die Pflege zu Hause. Bis 2040 muss die derzeitige **Unterversorgung** in den nördlichen und westlichen Stadtteilen **behooben werden**.

Innovative Dienste für Blinde und Sehbeeinträchtigte gemeinsam mit den zuständigen Vertretungen sind zu prüfen und bei Eignung einzusetzen - wie z.B. **taktile ausgelöste Fahrplanansagen** an Haltestellen des ÖPNV, eine Verbesserung der mobilen App des Potsdamer ViP für die **bessere Lesbarkeit von Verbindungen und Fahrplänen**.



Wir wollen die Einrichtung von Hörhilfen vor Ort - z.B. in Behörden, Museen oder auch Kinos.

Wir wollen die Anhebung der Löhne in Behindertenwerkstätten und bestehenden Potsdamer Behindertenförderschulen und Ausbildungsstätten intensiver unterstützen. **Ehrenamtliches Engagement muss bereits in Schulen gefördert** und dahingehende Initiativen, die die pädagogische Betreuung zum Ziel haben, verstärkt werden.

Auf Landesebene setzen wir uns für eine **Anhebung des Seh- und Blindengeldes** sowie die Einführung eines **Taubblindengeldes** ein. Hier muss in Brandenburg mindestens der Standard von Berlin erreicht werden.

37 Sozial ohne rot zu werden

Wir **unterstützen private Initiativen zur Armuts- und Sozialberatung**, der Suchtberatung, der Schuldnerberatung sowie Selbsthilfeinitiativen.

Familien, Kinder und Jugendliche wollen wir gezielt unterstützen und einen kommunalen Hilfsfonds für Familien in Not einrichten.

Für die Abschaffung der **Kita-Gebühren** auf Landesebene. Für Kindertagesstätten wollen wir eine **Verbesserung der Betreuungsschlüssel** erreichen, wo es notwendig ist.

Die Betreuungskapazitäten wollen wir

gemäß dem aktuellen Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplan ausbauen.

Wir sind **entschieden gegen Frühsexualisierung** in unseren Kindertagesstätten und fordern ein Zutrittsverbot und keine Querfinanzierung aus städtischen Mitteln für Vereine wie „Original Play“.

Wir wollen die **Väterbewegung** zur Stärkung der Rechte von alleinerziehenden oder geschiedenen Vätern, die ebenso ein Anrecht auf Kinderbetreuung und -erziehung haben, unterstützen.

Wir wollen Initiativen zur **Entlastung Alleinerziehender** und wollen eine wohnungsnaher Betreuung, Entbürokratisierung und Flexibilisierung bei Betreuungsmodellen - z.B. auch durch die Förderung nachbarschaftlichen, ehrenamtlichen Engagements. **Mehrgenerationenprojekte** können hier unterstützend wirken.

Wir wollen ein **Baby-Begrüßungsgeld** und eine **Potsdamer Willkommensbox** nach finnischem Vorbild.

Soweit es die kommunalen Finanzen zulassen, wollen wir einen Fonds für die Förderung Hochbegabter gründen.

Wir setzen uns ein für die **Entlastung kinderreicher Familien** und unterstützen den Potsdam- Bonus der Pro-Potsdam und Vergünstigungen bei Gebühren und Eintrittsgeldern in kommunalen Einrichtungen.

8. NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

WEIL NATUR AUCH HEIMAT IST

Das auch ländlich geprägte Potsdam ist als relativ kleine Landeshauptstadt der Verwaltungsmittelpunkt Brandenburgs.

Die Qualität der Lebensbedingungen im ländlichen Raum betrifft Potsdam unmittelbar. Wenn der **ländliche Raum ausblutet** und die Menschen in die Stadt ziehen, haben Stadt und Land erhebliche Probleme.

Die Landeshauptstadt ist durch bauliche Maßnahmen über Jahrhunderte einzigartig in die natürliche Umgebung eingebettet worden. Natur und Stadt wurden verschmolzen und behutsam entwickelt.

Seen, Waldgebiete und Parks prägen Potsdam. Durch die Verdichtung in der Innenstadt und die Erschließung von Bauprojekten im ganzen Stadtgebiet sind bereits **viele Grünflächen, Freiflächen und Wald verschwunden**.

mühsam und mit Bundesmitteln wiederhergestellt, muss in ihrer Struktur und Umgebung erhalten bleiben.

Die Pläne zur **Randbebauung der Lennéschen Feldflur** lehnen wir ab. Diese einzigartige Landschaftsgestaltung muss vollständig erhalten bleiben. Auch die Bebauung von Anrainergrundstücken würde deren Charakter beschädigen.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich der **Nationalen Klimaschutzinitiative** des Bundesumweltministeriums angeschlossen und den „Masterplan 100 % Klimaschutz 2050“ entwickelt. Danach verpflichtet sich die Stadt bis 2050 sogenannte Treibhausgase um 95 % und „Endenergie“ um 50 % gegenüber 1990 zu reduzieren.

Wir lehnen die Umsetzung dieses Masterplans ab. Die Kosten für die Gebäudeisolierung, die schrittweise Dekarbonisierung der Elektrizitätserzeugung, die teure Dezentralisierung der Stromerzeugung z.B. durch Mikro-Blockheizkraftwerke, Geothermie oder ein geschlechtergerechtes Klima-Programm aufzulegen, stehen in keinem Verhältnis zum nicht messbaren Effekt auf das Weltklima.

Die Kosten trägt der Steuerzahler und die Einschränkung seiner Lebensqualität der Potsdamer Bürger.

38 Sinnvoller Naturschutz

Volkspark ohne Park geht ebenso wenig wie Waldstadt ohne Wald. Die **Verkleinerung von Grünflächen und Wald** für immer mehr Bauprojekte, ob im Potsdamer Norden oder in Waldstadt, muss **verhindert werden**.

Die einzigartige Lennésche Feldflur,
28



Sämtliche **Maßnahmen** zum sogenannten „**Klimaschutz**“ müssen gestoppt werden.

Der sogenannte „Klimaschutz“ basiert auf der nicht hinreichend belegten Annahme, der Mensch hätte durch die Emission von Spurengasen wie **CO2** oder **Methan** einen Einfluss auf das **Weltklima**. Die zu deren Reduzierung angesetzten Maßnahmen auf kommunaler Ebene können nicht dem Ziel der effizienten und effektiven Verwendung von Steuermitteln entsprechen.

Die Messung der **Erreichung der lokal avisierten Ziele wie die Beeinflussung des Weltklimas ist unmöglich**. Auch ist das Geschlecht eines Bürgers keine klimapolitisch relevante Kategorie, wie im Gutachten zum „Masterplan 100 % Klimaschutz“ behauptet. In Deutschland besteht Gleichberechtigung.

Der Rekurs auf eine **zweifelhafte UN-Studie**, die einen Zusammenhang zwischen Geschlecht und dem 30-jährigen statistischen Mittel der Wetterverhältnisse herstellt, hat **keine rationale Basis**. Die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, die anderweitig sinnvoller ausgegeben werden können.

Bei Bedarf müssten **Biber in Parks** und

im Stadtgebiet nachhaltig vergrämt werden. Die Potsdamer **Parks gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe**, dessen Gestalt mit Architektur und Bäumen aufwendig restauriert wurde. Die in einigen Parks sichtbaren Biber-Schäden müssen nachhaltig unterbunden werden - durch Umsiedlung oder Vergrämuungsmaßnahmen.

Alle invasiven **Pflanzen- und Tierarten** im gesamten Stadtgebiet und auch heimische Tierarten müssen **kartografisch erfasst** werden. Verschiedene Pflanzen, die als Zierpflanzen oder als Samen im Vogelfutter zu uns gekommen sind, haben sich mittlerweile in der freien Natur ausgebreitet.

Sie sind zum Teil gesundheitsschädlich für Mensch und Tier oder **überwuchern einheimische Pflanzen und zerstören deren Lebensraum**. Einige Tiere leben in der Nähe des Menschen und können große Schäden auf Dachböden anrichten. **Einige Arten reduzieren auch die Artenvielfalt in der Natur**.

Gesundheitliche Probleme entstehen durch das **Verschleppen von Darmparasiten und anderen Krankheiten**. In Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt, der Unteren Jagdbehörde und der Unteren Fischereibehörde sollen die in-

vasiven Pflanzen- und Tierarten erfasst und der Fortschritt ihrer Ausbreitung dokumentiert werden.

Ferner dürfen bestehende innerstädtische **Wald- und Grünflächen nicht weiter in Bauland umgewidmet werden!**

Der einzigartige Charakter Potsdams besteht in der Einbettung von Wohngebieten in die Naturräume. Durch **ausufernde Baulandausweisungen** wie am Medienpark Babelsberg, in Waldstadt oder Bornstedt, droht Potsdam diesen Charakter zu verlieren.

Dagegen wollen wir vorgehen. Brachen und bestehende Baugrundstücke sollten durch eine intelligenteren Bauplanung effizienter genutzt werden.

39 Natur schützen und vermitteln

Naturerlebnisse sollten bereits ab dem Kindergarten vermittelt werden.

Waldkitas oder Schulgärten sind für die Entwicklung des kindlichen Bewusstseins von der Natur ideal. So wird auch die Bildung einer positiven Identität mit der Potsdamer Kultur- und Naturlandschaft ermöglicht. Wir wollen, dass diese **Bildungsangebote ausgebaut werden.**

Der ÖPNV sollte eine kürzestmögliche Taktung erhalten, um die **Attraktivität für einen Umzug in die ländlichen Gebiete Potsdams zu erhöhen.** Dazu müssen auch die Ausfallstraßen konsequent saniert werden.

Die Schlösser und Parks des Weltkulturerbes erfreuen sich einer steigenden Zahl nationaler wie internationaler Besucher. Unter ihnen auch viele Potsdamer. **Viele Personen zeigen oft keinen Respekt vor der Pflege und Instandhaltung der Parkanlagen.** Pflanzen werden beschädigt, Grünflächen trotz Hinweisschildern zum Liegen und Picknicken genutzt, Liegestühle werden auf den Terrassen von Schloss Sanssouci aufgestellt. Um das Hausrecht der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten durchzusetzen, muss der **Sicherheitsdienst mehr Befugnisse erhalten.** Wir setzen uns ein für eine Initiative auf Landesebene, die dies gesetzlich ermöglicht.

In der Umgebung von Potsdam haben sich im Süden, im Westen und im Norden der Stadt bereits drei Wolfsrudel etabliert. **Die AfD steht dem Schutz des Wolfes in Deutschland wohlwollend gegenüber,** sofern Landwirtschaft und Sicherheit nicht bedroht sind.

Sofern Wölfe die Nähe zu Menschen meiden und bei ihrem Jagdverhalten keine Nutz- und Haustiere angreifen, ist seine Anwesenheit positiv zu bewerten. Bei wiederholter Annäherung an menschliche Siedlungen oder **bei Angriffen auf Nutz- und Haustiere müssen sie entnommen werden,** wenn Vergrämungsmaßnahmen sich als wirkungslos erweisen.

Die Entwicklung und das Verhalten der Potsdamer Wölfe sind fortlaufend zu beobachten.

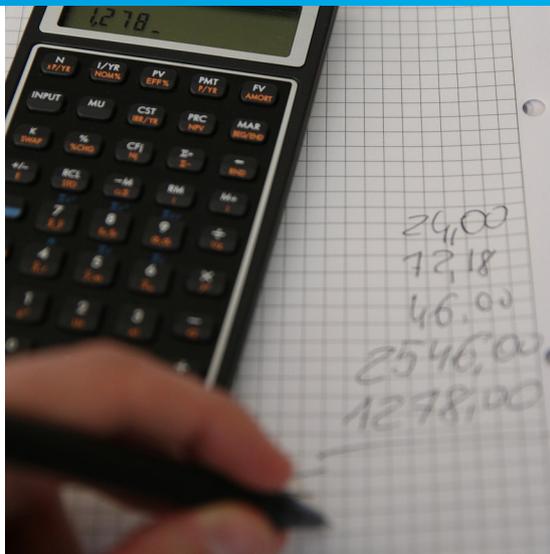
9. POTSDAMS FINANZEN

WEIL ES DAS GELD DER POTSDAMER IST

Die finanzielle Lage der Brandenburger Kommunen, der kreisfreien Städte, **ist dramatisch**. Dazu haben die linksgrünen Entscheidungen der politisch Verantwortlichen beigetragen.

Potsdam reiht sich ein. Die Verwaltung hat oder publiziert keinen tagesaktuellen Überblick zum Stand des kommunalen Vermögens und der Schulden. Insbesondere **fehlende Aktualität im Planungsprozess**, ein fehlender Konsolidierungswille, ein unübersichtliches Rechnungswesen und wenig Transparenz erschweren Entscheidungsträgern sachkundige Beurteilungen.

All dies hat zu einem bislang nie dagewesenen Verlust geführt, der schlussendlich das Vermögen der Stadt gefährdet. Das macht ein Sanierungskonzept für die Stadt notwendig. **Wir wollen einen weiteren Schuldenabbau** der Stadt. Vor allem aber die schrittweise Rückführung der ausgeuferten Verschuldung der städtischen Unternehmen.



Übersichten - schlechthin einen Kas- sensturz - über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu erhalten. Dies unterstützen einfache Berichtslinien sowie ein **überschaubares und leicht verständliches Rechnungswesen**.

Bürgerfreundliche Veröffentlichung der Finanzdaten nebst grafischer Darstellung zur einfacheren Kontrollierbarkeit der Finanzverwaltung.

Die wichtigsten Zahlen und Fakten zum Haushalt müssen für den Bürger nicht nur einfach zugänglich und maschinenlesbar, sondern auch **grafisch passend aufbereitet** sein, um einen schnellen Umgang mit der schwierigen Materie gewährleisten zu können.

40 Transparenter Haushalt

Eine **rasche Nachvollziehbarkeit** haus- hälterischer Eckwerte ist die Grundlage für sachkundige Entscheidungen der Parlamentarier.

Ziel ist es, regelmäßig einschlägige

Die Anfang 2024 auf die Website der Landeshauptstadt online gestellten Haushaltszahlen sind nicht ausreichend.

Volle Transparenz bei den Finanzhaushalten der Stadt inklusive aller **Nebenhaushalte** – die Bürger haben ein Anrecht darauf, uneingeschränkten **Zugang zu allen Daten** zu bekommen, die zur Bewertung der finanziellen Lage ihrer Stadt erforderlich sind.

Die Eckdaten der **Geschäftsberichte** der städtischen Beteiligungsunternehmen sind wie die allgemeinen Finanzdaten **transparent** und aktuell zu veröffentlichen.

41 Haushalten ohne neue Schulden

Der städtische Kernhaushalt ist zu konsolidieren. Neben einer Aufgabenkritik - zum Erschließen von Einsparpotenzialen - ist das Rechnungswesen zu vereinfachen.

Zudem braucht Potsdam eine sogenannte „**Konzernbilanz**“, die auch die **Schulden der kommunalen Beteiligungsunternehmen**, die mittlerweile weit über eine Milliarde Euro betragen - Tendenz steigend - berücksichtigt. Sie stellt als **Gesamtübersicht** Informations- und Entscheidungsgrundlagen dar und **dient dem Schuldenabbau**.

Eine verlässliche **Planungsgrundlage** erfordert das Vorhandensein aktueller Zahlen über den Stand des **Vermögens und der Schulden der Stadt**. So

lag der Planung des Doppelhaushaltes 2023/2024 der Abschluss des Haushaltsjahres 2019 zu Grunde.

Nur nah am Planungszeitraum liegende **Haushaltsabschlüsse der Vorjahre** lassen tragfähige Entscheidungen für künftige Haushaltsjahre zu.

Wir brauchen ein tragfähiges **Haushaltssicherungskonzept** und das durch die kritische Haushaltslage notwendig gewordene Sicherungskonzept ist regelmäßig zu evaluieren.

Die Beschlussfassung zu den Haushaltssatzungen ist grundsätzlich für zwei Jahre möglich. Im Rahmen der Aufstellung ist eine genaue Vorausschau für das jeweils zweite Planungsjahr kaum erreichbar, gerade unter schwierigen Rahmenbedingungen, wie sie noch geraume Zeit vorliegen werden. Um hier flexibel zu bleiben, ist es angezeigt, nur noch **eine jährliche Haushaltssatzung** zu verabschieden.

Zum einen wird auch die **Gefahr von Nachtragshaushalten**, zum anderen der Umfang von **Notbewilligungen** von über- und außerplanmäßigen Ausgaben **gemindert**.

Gerade schwierige strategische Haushaltsentscheidungen erfordern Abstimmungen mit Nachvollziehbarkeit des Gewissens der Stadtverordneten. Insoweit sind bei der Verabschiedung der Haushaltssatzung **namentliche Abstimmungen** durchzuführen.

Gemäß Kommunaler Haushalts- und

Kassenverordnung ist es möglich, nicht verbrauchte Haushaltsmittel in das Folgejahr zu übertragen, wovon Potsdam regen Gebrauch macht. Die Mittel für so **übertragene Aufwendungen belaufen sich auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag und wirken wie eine „Bugwelle“**, die das wirtschaftliche Ergebnis der Stadt entsprechend verschlechtert. Ein solches Herangehen darf nur noch die Ausnahme sein.

42 Vermögenswerte der Stadt schützen

Wir fordern, **städtische Vermögenswerte zu schützen**.

Insbesondere ist eigener Grund und Boden nur noch in Ausnahmefällen und mit Auflagen zum Wohle der Stadtentwicklung zu veräußern. Das **Potsdamer Baulandmodell** ist dahingehend zu überarbeiten, dass es für Bauherren attraktiver wird, sozial geförderten Wohnraum zu schaffen, als Ersatzzahlungen zu leisten.

Mit Privatinvestoren sind gemeinsam pragmatische Lösungen für die Wohnraumschaffung zu finden.



10. KULTURFÖRDERUNG UND ERINNERUNGSPOLITIK

GEGEN GESCHICHTSKLITTERUNG - HEIMAT HAT ZUKUNFT

Das aktuelle Gedenk- und Erinnerungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam, blendet einen Teil der geschichtlichen Ereignisse der Stadt aus und trägt nicht dazu bei, eine positive Identität zu stiften. Wir, die Alternative für Deutschland, Kreisverband Potsdam, wollen eine **Erinnerungskultur**, die nicht einseitig schamhaft auf die Geschichte abstellt oder öffentliches Gedenken auf negative Aspekte reduziert.

Eine **einseitige Geschichtsauffassung zerstört letztlich das Gemeinwesen.**

Deutschland war ein Land, das in seiner Geschichte Freiheit, Rechtsstaat und nationale Selbstbestimmung vorbildlich durchdacht und weltweit geprägt hat. Dem wollen wir auch auf kommunaler Ebene Rechnung tragen.

Wir wollen an die **Potsdamer Widerständler erinnern**, die mutig für die Freiheit ihrer Mitmenschen ihr Leben gaben.

Wir wollen all jenen Potsdamer Soldaten gedenken, die in Kriegen in Pflichterfüllung tapfer für Ihr Vaterland kämpften und fielen. Wir vergessen nicht die **sowjetische Terrorherrschaft** und ihr Satrapenregime in der SBZ/DDR. Dies wollen wir gemeinsam mit Potsdamer Bürgern in Gemeinschaftserlebnissen erlebbar machen für eine positive Identität als Potsdamer!

Gerade in der Corona-Zeit hat sich die **AfD als konsequente Partei der bürgerlichen Freiheiten** einen Namen gemacht.

43 Mut zur historischen Wahrheit

Wir wollen **Mut zur Wahrheit** wagen und die öffentliche Erinnerungskultur ergänzen.

Wir wollen keineswegs nur an preussische Könige und Kaiser, Gehorsam und Pflichterfüllung erinnern, sondern auch an **Bürgersinn**, Gemeinschaftsgeist, zivilen Ungehorsam, **Widerstand** und Tapferkeit.

Wir wollen **an die jüdischen Potsdamer erinnern**, die entrechtet und schlimmstenfalls ermordet wurden.



44 Potsdamer Stadtgeschichte

Wir wollen im öffentlichen Raum Erinnerungsorte und Denkmäler schaffen, die an wenig beleuchtete Ereignisse der



Stadtgeschichte erinnern.

Auch die lokale bildende Kunst kann davon profitieren. Auf diesem Wege wollen wir **Geschichte wieder gemeinsam erlebbar machen**. In Potsdam fehlt es an identitätsstiftenden Festen.

Festumzüge zu runden Stadtjubiläen oder Feste zu früheren Ereignissen sollten wieder natürliche Bestandteile der gelebten Potsdamer Gemeinschaftlichkeit werden. Wir wollen **Traditionen wiederbeleben** und mit Traditionsvereinen geschichtliche Ereignisse regelmäßig erlebbar machen. Die **städtischen Vorgaben für förderbare Festivals** müssen solche Veranstaltungen umfassen.

Ob es **Friedrich Wilhelm I.**, die Befreiungskriege gegen **Napoleon**, die Revolution von 1848, der militärische Widerstandskreis des 20. Juli 1944, die Gefallenen beider **Weltkriege**, oder der Widerstand in der DDR am 17. Juni 1953 bzw. im Vorfeld des **Mauerfalls 1989** sind, unsere Stadtgeschichte ist reich an öffentlich wenig bekannten Facetten.

Wir setzen uns für einen **dauerhaft kostenlosen Eintritt in die Weltkulturerbeparks** ein. Ferner für die Freilegung und die Restaurierung des Modellforts im Park Sanssouci.

Die zeitgenössische Kulturszene - im Rahmen der Möglichkeiten eines hochdefizitären Stadthaushalts. Unser konsequentes Einstehen für die **bürgerlichen Freiheiten** während der Corona-Zeiten hat uns auch in der Kulturszene Achtung verschafft.

45

Freie Kultur- & Theater fördern

Wir wollen die **freie Kultur- und Theaterszene fördern**, die nicht mehr politisch einseitig zeitgenössische Themen kreativ bearbeitet. Hofnarren und Hofberichterstattung braucht eine moderne demokratische Gesellschaft nicht. Die freiwilligen Leistungen für die Kultur wollen wir in vollem Umfang erhalten, sofern die Haushaltsmittel dies möglich machen.

Wir wollen **Veranstaltungen von gewaltbereiten Gruppierungen** in öffentlich geförderten Räumlichkeiten **verhindern**. Ob es das Freiland mit seinem Klub „Spartacus“ ist oder das derzeitige „Künstlerhaus“ Rechenzentrum in der Breiten Straße – insbesondere linksextreme Gruppierungen nutzen derzeit öffentliche Räumlichkeiten. Wir sprechen uns für ein Nutzungs- und Auftrittsverbot von gewaltbereiten **Gruppierungen jeglicher Couleur** aus.

WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED BEI DER AFD.

Ihr Land braucht Sie. Hier geht es zum Antrag:

www.afd-potsdam.de/mitglied-werden



Darüber hinaus können Sie unsere Arbeit noch durch eine
Spende unterstützen, welche Sie von der Steuer absetzen können:

Kreisverband AfD Potsdam

IBAN: DE48 1203 0000 1020 2096 70

Verwendungszweck: „Spende an den KV Potsdam“

www.afd-potsdam.de/unterstuetzer-der-potsdamer-afd



Folgen Sie uns im Internet und auf Social Media:

 www.afd-potsdam.de

 fb.me/afdpotsdam

 instagram.com/afd.bund

Herausgeber:

Kreisverband Potsdam der Alternative für Deutschland (AfD)

Brandenburger Str. 28

14542 Werder / Havel

Stand: April 2024

